

# Saale-Beitung.

Siebenundzwanzigster Jahrgang.

Anzeigen

werden die Spalte oder deren Raum mit 20 Pfg., solche aus Halle mit 10 Pfg. berechnet und in der Expedition von unseren Anzeigenstellen und allen Annoncen-Expeditionen angenommen. Bekleben die Zeile 60 Pfg.

Erscheint wöchentlich fünfmal, Sonntags und Montags einm., sonst zweimal täglich. [Der Nachdruck anderer Original-Artikel ist nicht gestattet.]

Bezugspreis

für Halle vierteljährlich 2,50 M., für zweiwöchentliche Ausgabe 2,75 M., durch die Post 3 M., zweimonatlich 2 M., einmonatlich 1 M., ohne Befehlgebühren. Bestellungen werden von allen Reichspostämtern angenommen. Nr. 5882 des amtl. Zeit.-Verz.

Für die Redaktion verantwortlich: Hans Jantius in Halle.

(Verantwortlich: Verbindung mit Berlin, Leipzig, Magdeburg etc.)

Nr. 598.

Halle a. d. Saale, Donnerstag den 21. Dezember

1893.

## Zwangsmassregeln gegen bankerotte Staaten.

Griechenland hat in diesen Tagen mit schänder Frivolität einen Staatsbankrott vollzogen und feierlich gegebene Verpflichtungen an die Gläubiger gebrochen. An diesem Treiben ist nur die Dreifigkeit bewundernswürdig, mit der die Regierung sich über ihre Verpflichtungen hinwegsetzt und sich in den Mantel der Unschuldigkeit hüllt. Aber in Athen ist man nicht, was man vor einiger Zeit auch in London und in Buenos Ayres gefehen hat. Die Verantwortlichkeit und Gewissenhaftigkeit, mit der bindende Abmachungen verfaßt wurden, war in allen Fällen gleich. Doch soll man nicht wägen, mit diesen Vorgängen bei der Bekämpfung der Staatsbankrotte schon abgeschloffen. Eben wird aus Serbien gemeldet, daß der „Widelo“, ein in Belgard erscheinendes Blatt, geradezu den neuen Staatsbankrott ankündigt und versichert, daß der Finanzminister nicht einmal die Zinsen für die dreiprozentige Vorkriegsanleihe aufbringen vermöge. Und wie lange die Dinge noch in Mexiko werden, ehe die Katastrophe eintritt, das ist mit Sicherheit nicht zu sagen. Allein gemigte Sachkenner wollen behaupten, daß die neue Anleihe, die in London aufgelegt werden soll, der mexikanischen Regierung höchstens eine ganz kurze Andauerfrist geben werde, ohne den Staatsbankrott abzuwenden, wenn nicht inzwischen wirtschaftliche und finanzielle Wunder geschehen sollten.

Ammer, wenn drohende Wollen sich am finanziellen Himmel eines Staates zeigen, hat man die Erfahrung gemacht, daß von helfender Seite, wie auch nicht anders zu erwarten ist, alle Sorge als unzureichend verschmäht wurde. Man führte sofort große Artilleriebatterien vor, die den Zweifel an der Zahlungsfähigkeit des Landes als böswillige Verleumdung darstellten, man bot einen gewaltigen Pressapparat auf, um die öffentliche Meinung zu beschwichtigen. Schließlich aber haben die Schwarzreiber vollkommen recht behalten, und die Verschönerungsbotschaften haben sich als Luftschiff erwiesen, das es in Serbien jetzt nicht anders geben werde, obwohl alsbald auf jede düstere Darstellung der Lage die üblichen amtlichen Telegramme folgten, nach denen alles in schönster Ordnung ist und obwohl man die üblichen Zinsengruppierungen vornimmt, aus denen nichts hervorgeht, als daß das Papier geduldig ist. So ist es auch in den letzten Wochen mit Mexiko gegangen. Einzelne Blätter veröffentlichten ausführliche Mitteilungen über die Finanzen jenes Landes. Klugs wußten weise Thebaner zu erzählen, das alles sei längst bekannt gewesen. Dann wurde mit der kunstlichen Erhöhung des Silberpreises gearbeitet, dann mit schönfärbenden Berichten von Schriftstellern, die nach genug gewesen sind, ihre Arbeiten dem Präsidenten Porphyrio Diaz zu widmen, und endlich erschien, wie die Kavallerie in der Schlacht bei Austerlitz, um den Feind vollends zu vernichten, die telegraphische Anzeige aus Mexiko, daß der Finanzminister ein Budget ausgearbeitet habe, in dem die Einnahmen den Ausgaben das Gleichgewicht halten.

Das ist gewiß vortrefflich, wenn es wahr ist, oder vielmehr, auch wenn es wahr ist, ist es nicht das Papier werth, auf dem es geschrieben ist. Denn was heißt das, daß ein Finanzminister, der Schulden machen will und seinen Geschäftsfreunden eine gute Meinung von seiner Kreditwürdigkeit beibringen will, ein Budget macht, in dem es keinen Selbsttrag gibt? Wenn der Finanzminister einen Rechnungsabluß vorlegen kann, in dem er nachweist, daß das vergangene Rechnungsjahr keinerlei Defizit gebracht hat, und wenn diese Zahlen nicht erfinden sind, wie es in europäischen Staaten auch schon vorgekommen ist, dann kann man der Wahrheit in der That Gerechtigkeit tun. Aber was ist ein Budget für die Zukunft? Ein Vorsatz, eine mühselige Hoffnung, ein zerfallendes Aufschloß, weiter nichts, ein Himmels- und ein irdischer Uebher nicht glaubt. Denn daß ein mexikanischer Finanzminister im Ernst meinte, nach zwei Jahren Millionen und angedecktes Silber nach dem Silberpreis in Verbindung mit den geleisteten Auforderungen des Schuldendienstes werde das nächste Budgetjahr ohne Defizit schließen, während es in der ganzen Regierungsgeschichte von Porphyrio Diaz, die durchaus friedlich gewesen ist, nicht ein einziges Jahr ohne Defizit gegeben hat, das wird im Grunde kein Mensch behaupten wollen. Und dabei soll man vergessen sein, daß die Korruption in der Verwaltung von Mexiko so allgemein ist, daß die serbischen Finanzbeamten dagegen wahre Riesenbäume sind.

Was bleibt nun übrig, wenn ein Staat nach dem andern den Bankrott vollzieht und sich der Verpflichtungen gegen seine Gläubiger entledigt? Von drei Staaten weiß man das bisher sicher, von zweien befindet man es für die nahe Zukunft. Aber das sind noch nicht die letzten. Hoffen muß man nur, daß das mittelste Beispiel dolcher Ueberforderung nicht auch verderblich auf diesen oder jenen größeren Staat einwirken werde. „Exempla trahunt!“ sagt ein altes Sprichwort. Ein anderes aber lautet: „Principis obsta!“ Wenn böse Beispiele gute Sitten verderben, so ist es um so dringender geboten, schon bei dem ersten Schritt gründliche Abklärung einzutreten zu lassen. Aber wie? Kann ein einzelner Staat Kriegsschiffe nach dem Piraten schicken und die griechische Hauptstadt bombardieren lassen? Das ist weder Argentinien noch Portugal gegenüber geboten, und es läßt sich auch nicht möglich durchzuführen. Wohl aber hätten die Staaten, wenn sie nicht nur dem Namen nach, sondern in der That einen europäischen Kreispaß bildeten, einen Gerichtshof, auch die Mittel, ihr Urteil gegen den betrügerischen Vantrotter zu vollstrecken. Deutschland, Frankreich und andere Staaten haben in Athen protestirt. Aber ein Protest ist ein Papierstück, vor dem sich niemand mehr fürchtet. Wenn die Staaten sich dagegen vereinigen, Griechenland durch Zollmassregeln auszunutzen, dann würde man

hort bald lernen, daß die Verpflichtungen an die ausländischen Staatsgläubiger den Ansprüchen der Minister an hohe Gehälter und sonstigen Staatsbedürfnissen nicht nachzugeben haben. Das ist uneres Ermessens das einzige Mittel, mit dem man einen wirksamen Druck auf bankrottige Staaten ausüben vermag. Aber wenn sich Europa über solche Massregeln nicht einigen kann, dann sind alle übrigen Projekte und sonstigen Maßnahmen von Uebel, wenn es sich auch von selbst verstehen sollte, daß Wertpapiere bankrottiger Staaten von dem Handel an den Börsen ausgeschloffen sein und bleiben müssen. Hier liegt ein Bedürfnis, das den rechten Willen zu eifriger Reform hat, dann wird man auch den Weg zum Ziele finden.

## Deutsches Reich.

Hof- und Personalnachrichten.

Berlin, 20. Dez. Der Kaiser erlebte heute früh zunächst Regierungsmassregeln und hörte dann die Berichte des Ober- des Geheimen Civilcabinet- sowie des Ministerpräsidenten.

## Zwei erfreuliche Bundesratsbeschlüsse.

SS Berlin, 20. Dez. In der heutigen Sitzung des Bundesrats wurde sowohl den Beschlüssen des Reichstages zu dem Entwurfe eines Gesetzes betreffend die Gewährung von Unterstützungen an Invalide aus den Kriegen von 1870 und an deren Hinterbliebenen, als auch dem Vorschlagsentwurf, betreffend die Anwendung der Sätze des allgemeinen Zolltarifs auf aus Russland kommende Waaren zugestimmt. Bei letzterem Beschlusse handelt es sich darum, daß die jetzigen erhöhten Zölle des deutsch-russischen Zolltarifs nicht Anwendung finden auf Güter, die vor dem Inkrafttreten des Zolltarifs in gutem Glauben abgeschlossen waren. In solchen Fällen kann der erhöhte Zollsatz münneher gründerhaltend werden.

## Die Agrarier und die Regierung.

In der heutigen Morgenansgabe theilten wir eine Aeusserung der „Kreuzzeitung“, mit, durch welche sie das Tausch zwischen den Konservativen und dem Reichskanzler Grafen Caprivi zerstreut. Der Kreuzzeitungs-Artikel ist von so bemerkenswerther, als er eine Antwort auf die von uns ebenfalls erwähnten Ergebnisse der „Nordd. Allg. Zeitg.“ ist, mit denen das offiziöse Organ sich den Konservativen scheinend nahte, um sie von den jetzigen Wegen abzugeben. Wir haben es der „Norddeutsche“ damals sofort angekündigt, daß sie mit ihrer Sammelstrophemethode gar nichts ausrichten werden, und in der That erhält denn auch die „Norddeutsche“ von der „Kreuzzeitung“ für ihre sanften Worte folgende Mitteilung:

„Die Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ hat unmittelbar nach dem Siege der Regierung in Sachen der „kleinen“ Bundesverträge Veranlassung genommen zu betonen, daß die Konservativen sich sehr unklar über die Regierung verhalten, und sich an ihnen nicht rächen. „Es ist nichts neues, daß sich das offiziöse Blatt in den größten Zankapfeln gegen die Konservativen zu ergehen pflegt, handelt es sich doch hierbei — das geht unter anderem aus einem von der „Nordd. Allg. Ztg.“ wieder gegebenen Artikel der „Maabg. Ztg.“ hervor — ganz ersichtlich um Vetterungen, die darauf hinauslaufen, die selbständige konservativ Partei zu sein können. Die Regierung, wie es sich an diesen Punkt zunächst ergehen, weil die Ereignisse der letzten Zeit hinsichtlich dargeboten haben, daß die konservativ Partei unerschütterlich auf dem Boden ihrer Grundidee steht und daß sie darum auch je länger je mehr der Brennpunkt der ganzen politischen Bewegung wird. Das man sich jetzt, nachdem die Bundesverträge mit „Vch und Strach“ durch — gehandelt worden sind, nicht „seiner Fremden“ für die anderen großen Aufgaben umficht, erklären wir begreiflich, allein, wie sie werden die „Nordd. Allg. Ztg.“ an die Konservativen veranlaßt hat, werden ohne jede Wirkung bleiben.

Wir müssen offen gestehen, daß wir der Unsicherheit, mit der die „Kreuzzeitung“ hier die Gesinnungslinien der „Norddeutsche“ abfertigt, eine gewisse Achtung nicht zu verjagen vermögen. Die „Kreuzzeitung“ schreibt jedoch — nachdem sie dem Reichskanzler die bereits mitgetheilte Abgabe ertheilt hat — am Schlusse ihres Artikels folgendes: „Wir werden ohne Gewalt, aber furchtlos und beherzt weiter kämpfen; wir vertreten der Kraft der Sache, die wir vertreten, und leben der Ueberzeugung, daß auch diesmal früher oder später unsere Politik durch den Gang der Ereignisse gerechtfertigt werden wird.“ Vielleicht wird die Zurechtweisung der „Kreuzzeitung“ doch etwas ins Wanken geraten, wenn sie die folgende heute vorliegende Meldung zur Kenntnis genommen hat:

„Ueber einen Massenaustritt aus dem Bund der Landwirthe berichtet der „Frankf. Generalan.“. Danach soll von etwa 100,000 Mitgliedern des Bundes der Landwirthe in den letzten Monaten über 50,000 ausgetreten sein. Der stellvertretende Direktor des Bundes, Alben dorff, kündigte seine Entlassung zum 1. Januar wegen Unzufriedenheit mit dem ersten Direktor und will, er die Anführung des Bundes voranzuführen. Sein Nachfolger wird Dr. G. Oebel-Dromberg. Die seit lange angekündete Gründung einer Zeitung als Bund der Landwirthe auf erhebliche Schwierigkeiten. Es ist nur schwache Aussicht, das verlangte Kapital von einer halben Million aufzubringen, da die angelegenen Großgrundbesitzer an einen Erfolg nicht glauben. In den Kreisen der kleinbäuerlichen Besitzer ist eine auf die Bundesauflösung hinzielende Bewegung hervorzuheben. An der Spitze der neuen Bewegung steht ein evangelischer Geistlicher aus der Umgegend von Wrielen.“

Das diese Meldung überall Bestätigung findet, kann vorläufig dahingestellt bleiben. Durchaus glaubhaft aber ist es schon, daß die Ratten das Schiff zu verlassen beginnen.

## Die deutsch-russischen Verhandlungen.

Merkwürdige Nachrichten werden jetzt, wie wir bereits in der heutigen Morgenansgabe mittheilten, über den Stand der deutsch-russischen Handelsvertragsverhandlungen verbreitet, die heute (Donnerstag) wieder begannen, aber von Weichnachts bis nach Neujahr wieder ausgesetzt werden sollen. Angeblich haben die deutschen Kommissare, angeführt von der geringen Mehrheit, welche für den Handelsvertrag mit Rußland im Reichstage gestimmt hat und bei der Unsicherheit einer Mehrheit für den Vertrag mit Rußland nachdrücklich noch einige Forderungen im Interesse vorwiegend der sibirischen Industrie gestellt, um möglichst große Kreise der deutschen Unterhändler aber sollen die jetzt wenig Neigung gezeigt haben, diese Forderungen zu bewilligen. Darüber wird sich niemand mehr freuen, als die Agrarier, denen es natürlich sehr viel angenehmer ist, wenn der Druck, den ihre Haltung im Reichstage auf die Regierung ausübt, den Abschluß eines Handelsvertrages mit Rußland verhindern und ihnen damit das Odium und die Gefahr, die mit einer Ablehnung des Vertrages verbunden sein würden, erspart. Die Agrarier sind, wie die Dinge liegen, sogar in der Lage, die Verantwortung für die Verlängerung des Zollkrieges und damit für die schwere Schwächung der Industrie und des Handels, die sie ganz allein zu tragen haben, auf die Reichsregierung abzuwälzen. Es scheint uns die höchste Zeit, daß die an der Verhandlung des Zollkrieges mit Rußland beteiligten Industriellen einschüdernde Einwirkungen gegen die Verhandlungen erheben und ihren ganzen Einfluß auf die Mitglieder des Reichstages zu Gunsten des Vertrages mit Rußland geltend machen. — Die „Nat.-Lib. Kor.“ weiß übrigens zur Sache folgendes zu melden: „Die Handelsvertragsverhandlungen mit Rußland werden am Freitag vorläufig unterbrochen, um unmittelbar nach Neujahr fortgesetzt zu werden. Die russischen Delegirten bleiben in Berlin. Die Aussichten scheinen sich durch russische Entgegenkommen wieder etwas gebessert zu haben.“

## Die Weinsteuern.

Trotz des Demarches der „Nordd. Allg. Ztg.“ erhält sich in parlamentarischen Kreisen die Annahme, daß Vorarbeiten für eine Umgestaltung des Weinsteuersystems in der nächsten Session nicht fehlen werden. Inzwischen sind die bezüglichen Vorarbeiten nicht fehlend der Regierung, sondern, wie das in solchen Fällen üblich ist, durch Vermittelung „freiwilliger“ Regierungskommissare in die Steuerkommission apportirt worden.

## Das Centrum und die Reichssteuerprojekte.

Die „Köln. Volksztg.“, die meistens die in den überwiegenen und leitenden Kreisen des Centrums herrschenden Anschauungen richtig wiederzugeben, nimmt gegenüber den Steuerorlagen eine sehr wenig entgegenkommende Haltung ein. Das Blatt schreibt: „Wir erachten die von den Bundesregierungen bzw. von preussischen Finanzministern gemachten Vorarbeiten zur Verneinerhand der eigenen Einnahmen des Reiches nicht für annehmbar, weil sie die unabwendliche neue Steuerlast nicht gerecht verteilen würden, weil dieselben namentlich mit der ausdrücklichen Auflage, daß möglichst nur die schwächeren Schultern belastet werden sollten, im Widerspruch stehen. Bezüglich der Weinsteuern, der Nikoting- und Frachtsteuer, sowie der Tabaksteuer in der Form der Tabakfabriksteuer hat dies in den letzten Monaten ausgiebig die Erörterung unseres Vorschusses außer Zweifel gestellt. Unter diesen Umständen halten wir dafür, daß die Kosten der Heredesvermehrung, soweit dieselben nicht durch die Vorkosten einer etwaigen Versteuerung der Runkelweine sowie eine Erhöhung der Zölle auf importirte Cigarren und eine an Stelle der heutigen Gewichtssteuer einzuführende Werthsteuer gebekt werden, durch die Materialumlagen zu besafassen sind. So wenig angenehm natürlich auch diese Art der Steuervermehrung wirkt, so ist sie der Verwirklichung der steuerlichen Steuerprojekte doch bei weitem vorzuziehen. Im allgemeinen wird dann das erforderliche Mehr durch Erhöhung der Einkommensteuer aufgebracht werden. Neben auch hier die schwächeren Schultern nicht ganz unbelastet, so werden sie doch verhältnismäßig weniger hart befallen, da in der Einkommensteuer durchweg eine Progression besteht. Das Schlimmste wäre, wenn irgendwie Steuern auf Vorrath be willigt würden, wie das bei Annahme der „Mittelständischen“ Vorlagen der Fall wäre.“ Das ist gerade der alte Standpunkt, den auch die Freistämmer gegenüber den Reichssteuerprojekten eingenommen haben. Es würde sich also sehr freuen, wenn sich die Haltung des Centrums demnach wirklich mit den obigen Ausführungen der „Köln. Volksztg.“ decken würde.

## Bur Wasserrechtsfrage.

Offiziös wird geschrieben: Wenn für einen Staat von dem Umlange wie Preußen eine einheitliche Regelung des gesamten Wasserrechts geplant wird, so liegt es bei der großen Verchiedenheit und Mannigfaltigkeit der allgemeinen und wirtschaftlichen Verhältnisse in der Natur der Sache, daß nicht durchweg eine so ins Einzelne gehende Ordnung des Rechtsstoffes in Aussicht zu nehmen ist, wie dies für kleinere Staaten mit gleichartigen und einfachen Verhältnissen geschehen ist. Hier, wie auf anderen Gebieten wird die Gesetzgebung sich vielmehr vielfach darauf beschränken müssen, die leitenden Grundzüge festzulegen und so den Rahmen zu liefern, innerhalb dessen die autonome Thätigkeit der kommunalen Körperlichkeiten, der Provinzen, Kommunalverbände oder der zuständigen Staats- und Interessensvertretungsorgane sich bewegen sollen wird. Die Ziele, welche der Gesetzgebung auf diesem Gebiete der Volkswirtschaft gestellt sind, lassen sich im wesentlichen unter folgende vier Hauptpunkte zusammen-

